

Stadtbürgerschaft, Plenarprotokoll vom 21.10.2014: Auswirkungen von Privatisierung und Budgetdeckelung in der Jugendarbeit Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

vom 1. Juli 2014 (Drucksache 18/585 S) Dazu Mitteilung des Senats vom 5. August 2014 (Drucksache 18/601 S) Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Stahmann.

Ich gehe davon aus, Frau Senatorin Stahmann, dass Sie die Antwort des Senats, Drucksache 18/601 S, auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE nicht mündlich wiederholen möchten.

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. - Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tuncel.

Abg. Tuncel (DIE LINKE*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir einen Blick zurückwerfen, sehen wir eine endlose Serie von Kürzungen in der offenen Jugendarbeit. Seit der Einführung des Jugendanpassungskonzepts im Jahr 2000 durch die Große Koalition ist die Jugendarbeit geprägt von Konkurrenz: Zwischen den einzelnen Einrichtungen und zwischen den Stadtteilen geht es um die Verteilung der gedeckelten Mittel. Die Beteiligung der Jugendlichen in den Controllingausschüssen wird zur Pseudobeteiligung, wenn dort nur noch Mangel verwaltet wird. Der Titel ist daher wirklich passend: Die Jugend soll sich an das Budget anpassen und nicht andersherum.

Eine weitere schlechte Weichenstellung war die Privatisierung der Freizeiteinrichtungen zwischen den Jahren 2005 und 2007. Seitdem gab es entweder gar keine Mittelerhöhung, oder die Steigerungen haben noch nicht einmal den Preisanstieg ausgeglichen. Die Preise sind seit dem Jahr 2004 um 17,4 Prozent gestiegen und für Energie sogar um 19 Prozent! Auch die Tariflöhne sind stärker gestiegen als die Mittel für die Freizeitheime, obwohl der öffentliche Dienst lange Zeit zurückhaltend war in den Tarifverhandlungen. Die Senatorin hat in ihrer Antwort Steigerungen von drei Jahren weggelassen, wenn man die Einmalzahlungen aus den Jahren 2005 bis 2007 mit einrechnet, ergeben sich Tarifsteigerungen von 20 Prozent seit dem Jahr 2004. Die Mittel für die stadtteilbezogene Jugendarbeit in Bremen sind in der gleichen Zeit aber nur um 14,8 Prozent gestiegen. Seit vier Jahren ist das Budget für die offene Jugendarbeit gar eingefroren, die Lücke zwischen den Ausgaben und städtischen Zuwendungen wurde immer größer.

Die Sozialsenatorin hat abgefragt, in welchen Einrichtungen wegen der Budgetdeckelung Sparmaßnahmen ergriffen wurden. Von insgesamt 51 Einrichtungen gaben 38 an, dass sie innerhalb von einem Jahr bei den Öffnungszeiten, Angeboten und Arbeitsbedingungen kürzen mussten. Das ist aber nur die Spitze des Eisbergs, diese Entwicklung hat schon lange vor dem Jahr 2013 eingesetzt. Die Jugendfreizeitheime wurden zwischen den Jahren 2005 und 2007 komplett privatisiert. Die freien Träger, die den Betrieb übernommen haben, wurden damals von der Stadt über den Tisch gezogen, das muss man wirklich einmal so klar sagen! (Beifall bei der LINKEN - Vizepräsidentin Schön übernimmt den Vorsitz.)

Die Träger sollten die gleichen Angebote mit viel weniger Geld erbringen. Wenn man sich die Tabelle anschaut, die der Senat auf unsere Anfrage herausgegeben hat, dann sieht man, was alles weggefallen ist: Bis zum Jahr 2006 wurden für den Betrieb von Freizeitheime und Jugendklubs 5,6 Millionen Euro bereitgestellt. Das umfasste nicht die Mieten, sondern Mittel für Geschäftsbedarf, Freizeitfahrten, Telefon und Instandhaltung. All diese Posten wurden im Jahr 2007 um fast 5

Millionen Euro gekürzt. Seit dem Jahr 2007 gibt es vom Senat nur noch 822 000 Euro für den Betrieb der Freizeitheime ohne Mieten.

Es gab also nicht nur kalte Kürzungen beim Budget der stadtteilbezogenen Jugendarbeit, sondern auch noch zusätzliche Aufgaben für die Träger. Das führte zu so absurden Forderungen des Vermieters Immobilien Bremen, Sozialarbeiter sollten die Dachrinne doch selbst reinigen. Das führte auch dazu, dass Außenanlagen nur unzureichend instand gehalten werden können oder Fenster komplett undicht sind. Die Träger müssen jetzt aus Bord- oder Projektmitteln bestreiten, was vorher extra abgesichert war.

Die Folgen dieser kalten Kürzungen sind unübersehbar. Ein Freizeithaus musste schließen, das Wehrschloss ist jetzt ein schicker Gastronomiebetrieb, andere Freizeitheime wurden zusammengelegt, wie beispielsweise in Woltmershausen, die übrigen Jugendfreizeit-Zentren sind gezwungen, ihre Öffnungszeiten zu reduzieren. Das ist unsinnig, denn die Infrastruktur ist ja vorhanden, sie muss nur genutzt werden. (Beifall bei der LINKEN)

Die Angebote in den Freizeitheimen sind für benachteiligte Jugendliche wichtige Anlaufstellen. Dort werden ihnen Freizeitgestaltung, Selbstverwirklichung und Unterstützung geboten. Diese soziale Funktion der Freizeitheime wird reduziert, wenn sie kürzer geöffnet haben. Außerdem werden Angebote wie Ausflüge, Workshops et cetera in den Freizeiteinrichtungen eingestellt oder nur befristet angeboten. Ein Kollege aus den Freizeiteinrichtungen hat sich „Projekt-Junkie“ genannt, denn vieles kann überhaupt nur noch aus Projektmitteln finanziert werden. Diese müssen aber auch aufwendig beantragt werden, sodass immer mehr Arbeitszeit in Verwaltungsaufgaben gesteckt werden muss. Außerdem sind sie immer befristet, und nicht selten hört ein Projekt dann auf, wenn gerade eine Beziehung zwischen Jugendlichen und Betreuern hergestellt wurde. Nachhaltige Jugendarbeit und Armutsbekämpfung sieht anders aus, meine Damen und Herren! (Beifall bei der LINKEN und bei der CDU)

Die Kürzungen finden aber nicht nur auf dem Rücken der Jugendlichen, sondern vor allem auf dem Rücken der Beschäftigten statt. Lohnverluste, unfreiwillige Arbeitszeitverkürzungen, Befristung und Stellenabbau sind keine Randerscheinungen, sondern Alltag beim Personal in den Jugendfreizeitheimen. Vor der Privatisierung bekamen die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Tariflohn, jetzt werden Tarifverträge systematisch unterwandert. Im Jahr 2005 wurden 2,2 Millionen Euro für Gehälter in den Freizeiteinrichtungen bereitgestellt, dieses Jahr betragen die Mittel für Personal 2,4 Millionen Euro. Innerhalb von zehn Jahren sind die Personalmittel um 5,7 Prozent gestiegen, die Tariflöhne sind, wie schon gesagt, um 20 Prozent gestiegen. Der Senat hat also die Privatisierung genutzt, um vor allem bei den Personalkosten zu sparen. Die Gewerkschaft ver.di fordert deswegen einen einheitlichen Tarifvertrag für den gesamten Sozial- und Gesundheitsbereich und die Erhöhung des Jugendhilfeetats. Beides ist dringend nötig. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Neddermann.

Abg. Frau Neddermann(Bündnis 90/Die Grünen):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der LINKEN gibt einen guten Überblick darüber, wie viele Mittel der stadtteilbezogenen Jugendförderung gesamtstädtisch zur Verfügung stehen und wie sich die Zahlen in den letzten Jahren entwickelt haben. Mit der heutigen Debatte rücken wir wieder die Jugendarbeit in den Fokus, was ich besonders gut und richtig finde,(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen) denn genau dieser Bereich hat es schwer, neben den Hilfen zur Erziehung und der Kindertagesbetreuung, für die ja ein individueller Rechtsanspruch gilt, angemessen Beachtung zu finden.

Wenn wir über die Jugendarbeit sprechen, wird uns nicht selten vorgeworfen, dass wir in diesem Bereich die Mittel kürzen würden. Ich betone jedes Mal wieder, die Budgets für die stadtteilbezogene Jugendarbeit wurden seit dem Jahr 2001 entgegen mancher öffentlicher Äußerung eben nicht gekürzt, sondern mehrfach sogar aufgestockt, zuletzt in den Jahren 2008 bis 2011 um 640000 Euro.(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Seit dem Jahr 2011 haben wir das sogenannte Anpassungskonzept von der Kürzungsquote ausgenommen. Aus der Mitteilung des Senats geht hervor, dass Bremen immer mehr Geld für Kinder und Jugendliche ausgibt, absolut zu Recht, wie wir finden. Zudem kann man der Antwort entnehmen, dass in den Jahren 2007 bis 2014 nur ein Freizeitheim geschlossen wurde. Zwar gibt es einige sozialpädagogische Einrichtungen und Jugendklubs nicht mehr, dafür haben sich aber die sonstigen Angebote verdoppelt.

Auch die Haushaltsanschlüsse für die aufsuchende Jugendarbeit sind seit dem Jahr 2004 stetig gestiegen, und obwohl mehrfach aufgestockt und die Jugendarbeit von der Sparquote ausgenommen wurde, ist uns bewusst, dass die Jugendeinrichtungen trotzdem unter großem finanziellen Druck stehen. Die Probleme werden an uns in vielen Gesprächen, die wir mit den Trägern, aber auch mit den Jugendlichen führen, herangetragen. Uns ist klar, dass es so eben einfach nicht weitergehen kann!(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Bericht zu den Auswirkungen der gedeckelten Stadtteilbudgets für die Jugendförderung, der uns im Mai im Jugendhilfeausschuss vorgelegt wurde, zeigt ebenfalls auf, dass die finanziell schwierige Situation zu Reduzierungen der Öffnungszeiten und zum Wegfall von Angeboten führt. Zusätzlich können sowohl Personalkostensteigerungen als auch der Anstieg der Energiekosten nicht ausgeglichen werden, und hinzukommt, dass viele Freizeitheime in Bremen einen erheblichen Sanierungsbedarf haben. Derzeit wird eine Umfrage unter allen Jugendeinrichtungen dazu ausgewertet, um zu sehen, wo was gemacht werden muss und um gegebenenfalls eine Grundlage für Abhilfe in der nächsten Haushaltsaufstellung zu schaffen.

Positiv finde ich in diesem Zusammenhang auch, dass momentan ein Projekt mit der Klimaschutzagentur Energiekonsens für eine moderne Energietechnik für circa 25 Freizeitheime erarbeitet wird.(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen) Ein weiterer wichtiger, entscheidender Punkt ist die Weiterentwicklung des Anpassungskonzepts. Es gibt bereits einen ersten Entwurf zum Rahmenkonzept für die offene Jugendarbeit - die Abkürzung hierfür lautet übrigens OJA, wir werden diesen Begriff bestimmt in Zukunft noch öfter hören -, und es wäre von großer Bedeutung, wenn es uns mit diesem Konzept gelänge, die Stadtteilbudgets jährlich um 1,5 Prozent aufzustocken, damit die steigenden Betriebskosten der Jugendeinrichtungen auskömmlich finanziert werden.

Im laufenden Prozess der Konzeptfortschreibung besteht neben all den fachlichen und jugendpolitischen Orientierungspunkten auch die Frage, wie die Mittel unter den Stadtteilen denn verteilt werden. Ich halte es nicht für sinnvoll und zielführend, wenn die Mittel nun einem Stadtteil weggenommen und einem anderen dafür zusätzlich gegeben werden. Zum einen entsteht dadurch eine unnötige Konkurrenz zwischen den Stadtteilen und den Angeboten für Jugendliche, zum anderen fällt damit die Planungssicherheit für bestimmte Einrichtungen weg, und das halten wir nicht für richtig. Die Angebote in Stadtteilen, die nachweisbar zusätzliche Bedarfe haben, wie beispielsweise Huchting und Gröpelingen, können dann nur durch zusätzliche Mittel sichergestellt werden. Es wäre natürlich schön, wenn uns das noch für das Jahr 2015 gelingen würde. Frau Senatorin Stahmann, ihr Ressort und wir machen uns jedenfalls ganz stark dafür. (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sollten uns aber auch im nächsten Haushalt auf die Suche nach weiteren Verstärkungsmitteln machen. Mit dem neuen Konzept wird außerdem ein Stufenplan zur Finanzierung bis zum Jahr 2018 vorgelegt, den wir dann verfolgen sollten. In der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses wurde

uns ein Positionspapier der Jugend- und Wohlfahrtsverbände zur Jugendarbeit vorgestellt. Ich sehe das als große Unterstützung für die Jugendpolitik und denke, dass wir in vielen Punkten übereinstimmen. Zum Beispiel halte ich die regelmäßige Berichterstattung über die Lage der Kinder und Jugendlichen im Lande Bremen für richtig und wichtig. (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gerade in Zeiten knapper Ressourcen benötigen wir meines Erachtens einen solchen Überblick, um begründet politische Schwerpunkte im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik setzen zu können. Ich denke, wir befinden uns mit dem neuen Rahmenkonzept für die offene Jugendarbeit auf einem guten Weg, und ich freue mich auf den weiteren Prozess und die Diskussion dazu. -

Vielen Dank! (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön:

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. Möhle (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man dem Kollegen der LINKEN eben zugehört hat, dann könnte man das Gefühl bekommen, dass die Jugendarbeit in Bremen nicht mehr stattfindet. Das aber, das muss ich ganz deutlich sagen, ist nicht so! (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen) Immerhin haben wir in dem Haushalt für den Bereich, ich glaube, um die 7 Millionen Euro eingestellt. Ich weiß auch, um das an dieser Stelle zu verdeutlichen, dass wir höhere Bedarfe haben.

In Wahrheit ist es so, dass die Große Anfrage irgendwie zu spät und gleichzeitig aber auch ein bisschen zu früh gestellt wurde; zu spät deswegen, weil wir die Fragen, die gestellt wurden, vielleicht vor einem Jahr gut hätten beantworten können, zu früh, weil es im Grunde genommen derzeit eine Diskussion über die Neuaufstellung der Jugendarbeit gibt und die Neuaufstellung gerade eben noch nicht zur Diskussion steht.

Ich freue mich eigentlich darüber, dass wir jetzt nach 13 Jahren im Jugendhilfeausschuss beschlossen haben, die Diskussion auch über Inhalte zu führen und nicht ausschließlich über die Finanzen. (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen) Die Frage der Finanzen stellt sich für mich erst im Anschluss daran. Wenn wir genauer definieren, was wir inhaltlich in dem Bereich unternehmen wollen, dann müssen wir hinterher auch die Frage der Finanzierung stellen. Das ist im Übrigen das, was das Bündnis „30 Prozent mehr Zukunft“ nicht nachvollziehen möchte. Sie fordern 30 Prozent mehr, und dann werde schon alles gut. Nein, wenn wir Jugendpolitik bestellen und bezahlen müssen, dann werden wir, wie in jedem Geschäft auch, erst einmal das Angebot prüfen. Dabei muss sich doch heutzutage jeder die Frage stellen, ob das Angebot noch zeitgemäß ist oder nicht. Wenn ich mir die Szene insgesamt anschau, dann gibt es Angebote, die großartig, richtig hervorragend, auch hilfreich und absolut unterstützenswert sind, es gibt aber einige Angebote, bei denen ich das Gefühl nicht so entwickelt habe.

Die Diskussion über die Frage der Inhalte findet derzeit schon statt. Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses einen Vorschlag unterbreitet bekommen, der im Übrigen mit den Trägern intensiv abgestimmt sein wird. Es ist nicht so, dass die Sozialsenatorin einmal eben ihre Ansicht erklärt, wie es jetzt zu sein habe, sondern es ist ein ganz langwieriger und, wie ich finde, ausgesprochen konstruktiver und tiefgreifender Diskussionsprozess mit der Beteiligung aller. Ich bin auch der Meinung, wenn wir es am Ende schaffen, ein gutes inhaltliches Konzept zu erstellen, dann müssen wir auch darüber nachdenken, wie wir dieses Konzept finanzieren können.

Ich gehe davon aus, dass wir mehr Mittel benötigen, um es ganz deutlich zu betonen. Ich weiß auch, dass eine Nichtkürzung in der Realität natürlich weniger Geld bedeutet, das ist doch gar keine Frage.

Die Preissteigerung wird beim Halten des Levels nicht berücksichtigt. Das ist indirekt natürlich auch eine Kürzung, da muss man sich nichts vormachen, und das mache ich auch nicht. Wir müssen aber als Haushaltsgesetzgeber, der einen insgesamt relativ knappen Haushalt zu verantworten hat, natürlich sehr sorgfältig schauen, was wir fördern und wie wir es fördern.

Kurz und gut, ich fasse einmal zusammen: Ich freue mich auf die inhaltliche Auseinandersetzung mehr als über den Teil, den Sie, Herr Kollege von der LINKEN, gerade vorgetragen haben, denn das ist Schnee von gestern. Wir benötigen jetzt eine neue inhaltliche Aufstellung und dann auch eine vernünftige Finanzierung dessen, was wir diskutieren werden. Ich bin diesbezüglich sehr zuversichtlich und hoffe, dass es uns dann auch insgesamt gelingt, die entsprechende Mittelaus-

Die Krone war das - ich will nicht weiter darauf eingehen, wir haben genügend darüber debattiert -, was hier nur als Drama „Freizi Buntentor“ wiedergegeben werden kann. Hoffentlich kommt es jetzt zu einem guten Ende, aber das haben die Jugendlichen herbeigeführt, die sich für ihre zweite Heimat durch eine Besetzung maßgeblich eingesetzt und deutlich gemacht haben, dass wir da eine Spitze des Eisbergs haben und die Probleme noch viel tiefgreifender sind.

Die Übergabe der Freizeiteinrichtungen in die freie Trägerschaft sollte Probleme lösen, das habe ich jedenfalls einmal gedacht, dass sie diverse neue Probleme schafft, war mir nicht so klar. Ich spreche hier noch einmal die Mieten an, das Problem muss endlich dringend gelöst werden, es ist mir in den letzten Jahren so oft angekündigt worden, die Lösung habe ich aber immer noch nicht gesehen. Es gibt das Problem des massiven Sanierungsstaus. Ich habe gerade gehört, dass man versucht, dafür jetzt eine Lösung zu finden, um auch das Budget des Anpassungskonzeptes zu entlasten. Das ist richtig und auch notwendig, das können wir als CDU-Fraktion auch nur unterstützen, und das fordern wir auch selbst.(Glocke)

Ich sage deutlich - ich komme zum letzten Satz -, es reicht nicht, eine Jugendhütte nur aufzubauen, es muss auch das Geld dafür vorhanden sein, dass die Hütte geöffnet ist, damit Kinder- und Jugendarbeit wirklich stattfindet, und die Menschen, die diese schwierige Aufgabe übernehmen, müssen vernünftig entlohnt werden und ihr Auskommen mit dem Einkommen haben. -

Danke schön! (Beifall bei der CDU und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön:

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tuncel.

Abg. Tuncel (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie meine Vorredner schon gesagt haben, werden aktuell die Änderungen und die Finanzierung neuer Qualitätsrichtlinien für die stadtteilbezogene Jugendarbeit erarbeitet. Eines der Qualitätsmerkmale ist, dass mindestens zwei pädagogische Fachkräfte in jeder Einrichtung eingesetzt werden sollen. Die Finanzierungsvorschläge untergraben aber genau diesen Anspruch. Stadtteile sollen einen Sockelbetrag von 60.000 Euro bekommen, der Rest wird nach Sozialindikatoren verteilt. 60.000 Euro reichen nicht einmal, um in einer Einrichtung zwei Stellen zu finanzieren, geschweige denn die Betriebsausgaben zu decken! Wenn es zwei Einrichtungen in einem Stadtteil gibt, was in großen Stadtteilen durchaus Sinn macht, wird es erst recht unmöglich. Es ist vorprogrammiert, dass Einrichtungen schließen müssen, das muss man hier immer wieder ganz klar und deutlich sagen. Genau das ist schon seit Jahren das Damoklesschwert, das über allen Angeboten schwebt.

Mit der Verteilung der Mittel für stadtteilbezogene Jugendarbeit nach Sozialindikatoren ist es schon vorgekommen, dass Stadtteile von einem Jahr zum nächsten plötzlich nur noch die Hälfte der Mittel hatten. Wir finden es zwar richtig, in benachteiligten Stadtteilen mehr zu investieren als in reicheren,

aber auch dort gibt es Armut, Ausgrenzung und den Bedarf von Jugendlichen an kostenlosen Angeboten. Jahrelange Beziehungsarbeit wird dadurch zerstört, dass Angebote eingestellt werden müssen, weil die statistische Situation besser geworden ist. Das ist falsch, meine Damen und Herren!

Wir fordern stattdessen, dass alle Freizeitheime und Angebote erhalten bleiben! (Beifall bei der LINKEN) Für einige hört sich diese Forderung schon weitgehend an, aber wir reden hier nicht über riesige Größenordnungen, sondern über 18 Freizeiteinrichtungen, das ist für eine Stadt der Größe Bremens einschließlich Bremen-Nord wirklich nicht viel. Ohne eine gewisse Wohnortnähe machen Freizeitheime auch keinen Sinn mehr, daher braucht es in manchen Stadtteilen auch mehrere Einrichtungen. Die bestehenden Freizeitheime müssen nicht nur erhalten, sondern auch auskömmlich finanziert werden, sonst nützt die richtige Diskussion über Qualitätsstandards nichts, lieber Herr Kollege Möhle!

(Abg. Frau Garling [SPD]: Es schadet aber auch nicht, das einmal zu erwähnen!)

Wir fordern daher statt eines Sockelbetrags für jeden Stadtteil einen Sockelbetrag pro Freizeitheim!

In Berlin wird das genauso gemacht, dort gibt es festgelegte Sockelbeträge für kleine, mittlere und große Jugendeinrichtungen. Junge Menschen haben ein Recht auf Förderung durch Jugendarbeit, das schreibt auch das SGB VIII vor. Weil das aber kein individuell einklagbares Recht ist, findet die Jugendarbeit in der politischen Prioritätensetzung und im Jugendhilfeeat keine Beachtung. Der Ausbau der Kindertagesbetreuung und der Schutz des Kindeswohls sind richtig und wichtig, es gibt auch einen individuellen einklagbaren Rechtsanspruch. Das darf jedoch nicht dazu führen, dass in Bereichen, in denen keine Klagen drohen, immer weiter gekürzt wird! (Beifall bei der LINKEN)

Die Jugendarbeit ist ein sinnvolles präventives Instrument zur Förderung von Jugendlichen. Sie kann verhindern, dass junge Menschen auf die schiefe Bahn geraten, sie kann wichtige Entwicklungsimpulse geben. Wenn Sie diese langfristige Investition in gerechte Teilhabe, in Armutsbekämpfung und in Förderung heute vermeiden, fällt Ihnen das morgen auf die Füße, meine Damen und Herren von der Koalition! - Danke sehr! (Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. Möhle(SPD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch einmal: Es geht überhaupt nicht darum, in Einrichtungen zu kürzen, es geht gerade aktuell um die Frage, wie wir mit dem Auftrag, den der Jugendhilfeausschuss der Senatorin und der Verwaltung gestellt hat, nämlich das Anpassungskonzept neu zu fassen, umgehen. Da ist es völlig richtig, dass man darüber erst einmal inhaltlich diskutiert, dass wir darüber nachdenken, was genau den Jugendlichen eigentlich hilft.(Beifall bei der SPD) Wir sind doch gar nicht im Streit darüber, dass Jugendarbeit und Prävention wichtig sind, all das wissen wir auch. Das alte Anpassungskonzept ist aber 13 Jahre alt, und auch die inhaltlichen Definitionen darin sind 13 Jahre alt, deswegen ist es an der Zeit, und ich finde es auch richtig, zunächst einmal zu sagen, was wir eigentlich inhaltlich in dem neuen Anpassungskonzept festschreiben möchten.(Beifall bei der SPD)

Es ist ein ganz breiter Diskurs mit den Trägern, mit den Anbietern in dem Bereich geführt worden. Jetzt gibt es erste Ergebnisse, zumindest wird es sie in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses geben, wenn ich das richtig sehe. Erst dann, wenn man sich darüber verständigt hat - ich sage noch einmal, in einem breiten Beteiligungsverfahren, das ist mir ausgesprochen wichtig, weil es keinen Sinn macht, dass wir einmal eben sagen, wie es funktionieren soll, da haben die Träger deutlich ein Wort mitzureden, und ich finde das auch gut und richtig so -, wird man doch die Diskussion darüber führen, wie die Mittel denn genauer verteilt werden. Ich kann ganz deutlich sagen, ich setze mich sehr massiv dafür ein, dass wir insgesamt in diesem Bereich eine

bessere Ausstattung erreichen, auch haushälterisch unterlegt. Ob das am Ende des Tages gelingt, weiß ich nicht, darum kämpfen werden wir jedenfalls auch gemeinsam mit Frau Neddermann. Alles andere, zu erzählen, wie düster die Vergangenheit war, mit Verlaub, man hat auch damals gar nicht so schlechte Jugendarbeit geleistet, und ich finde, man muss ein bisschen aufpassen, dass man nicht alles schlechtredet! (Beifall bei der SPD)

In diesem Sinne hoffe ich, dass wir die Jugendarbeit künftig vernünftig weiterentwickeln, und ich freue mich auf die Diskussion! - Vielen Dank! (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, möchte ich auf der Besuchertribüne Mitglieder einer Hochschulgruppe der Friedrich-Ebert-Stiftung ganz herzlich begrüßen. Seien Sie ganz herzlich willkommen! (Beifall)

Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ahrens.

Abg. Frau Ahrens (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es hört sich ja immer so schön an, erst einmal reden wir über den Inhalt, und dann reden wir über das Geld. Man kann das eine nur nicht ganz vom anderen trennen!

(Abg. Frau Garling [SPD]: Macht ja keiner!)

Wenn man über Qualitätsstandards, Fachkräfte, Personalausstattung und über Qualifizierung spricht, dann geht das nicht für umsonst, das können sie nämlich nicht mitbringen, meine Damen und Herren!(Beifall bei der CDU und bei der LINKEN)

(Abg. Frau Garling [SPD]: Behauptet auch keiner!)

Man hat dann die Betroffenen erst einmal breit beteiligt, das muss man hier auch so sagen, das hat Frau Senatorin Stahmann bewusst breit anzulegen versucht. Man war bestrebt, mit vielen darüber zu diskutieren, wie man das inhaltlich aufstellen kann, und dann war die erste Frage, die von allen Beteiligten kam: Wie sieht es denn hinterher mit der Finanzierung aus? Sonst überlegen wir uns hier die schönsten, wohlfeilsten Dinge in der Theorie, und in der Praxis ist davon nichts umsetzbar! Die Menschen haben dann an dieser Stelle recht! Das eine funktioniert nicht ohne das andere, und deswegen haben wir bewusst diesen langen Zeitraum infrage gestellt.

Ich habe mir noch einmal vor dieser heutigen Debatte unsere letzten Debatten angeschaut, von der Aktuellen Stunde bis zu sonstigen Anträgen und Ähnlichem. Ich wundere mich doch sehr, dass hier auf einmal SPD und Grüne etwas völlig anderes sagen als in den vorherigen Debattenbeiträgen. Es ist an dieser Stelle schön, dass es so ist, aber das muss man auch erst einmal zu Kenntnis nehmen, und das zeigt, dass der Wahlkampf näher kommt. Das, meine Damen und Herren, kann es an dieser Stelle auch nicht sein! (Beifall bei der CDU und bei der LINKEN)

Wir benötigen eine vernünftige Planung, wir brauchen an dieser Stelle vernünftige Prämissen und nicht irgendwelche Absichtsbekundungen, davon hatten wir schon einige in Ihrem Koalitionsvertrag stehen, die sich dann leider in der Praxis als reine Papiertiger entpuppt haben. Insofern möchte ich da doch schon vor der Wahl am 10. Mai 2015 etwas Deutliches haben, damit wir auch genau wissen, wie es denn mit dem Anpassungskonzept wirklich weitergehen soll. Die CDU-Fraktion hat immer gesagt, dass wir ein vernünftig ausgestattetes Anpassungskonzept benötigen,

(Abg. Frau Garling [SPD]: Wir brauchen erst einmal Inhalte, und dann geht es ums Geld!)

gerade auch, wenn wir den Parlamentsausschuss zum Thema Überwindung der sozialen Spaltung wirklich ernstnehmen, und das tun wir als CDU-Fraktion. Herr Dr. vom Bruch ist auch immer wieder damit beschäftigt, auch von den anderen Fraktionen Vorschläge einzuholen, wie wir diesbezüglich noch weiter vorgehen können, wie wir das Thema weiter voranbringen können. Man muss deutlich sagen, dass es ein Gesamtsystem ist, und auch in diesem Gesamtsystem hat die Regierung Hausaufgaben zu erfüllen. Dazu gehört natürlich auch, dass Bildung schon im Kindergarten und in der Krippe beginnt und bis in die Jugendverbandsarbeit, bis in die offene Kinder- und Jugendarbeit Thema bleibt, aber die zweite Aussage ist natürlich auch, dass wir eine vernünftige Verzahnung der offenen Kinder- und Jugendarbeit und natürlich auch der Sportvereine mit der Ganztagschule erreichen müssen. Ich erhalte an dieser Stelle ganz häufig Rückmeldungen, dass das Bildung in der Hinsicht ziemlich mauert und man auch da schlecht zu Lösungen kommt. Das, meine Damen und Herren, ist etwas, was jetzt schon erledigt werden kann und übrigens nicht mehr Geld kostet, sondern an der Stelle weiterhelfen kann, finanzielle Ressourcen auch entsprechend einzusetzen!

Deswegen nicht nur über Inhalte reden, sondern auch über Geld! Das ist selbstverständlich, weil das eine ohne das andere nicht geht, sondern beides zusammengehört. Wenn man wirklich mit allen gemeinsam streitet und die Überwindung der sozialen Spaltung wirklich vorantreiben will, dann kann man dafür zu vernünftigen Lösungen kommen, und denen wird sich die CDU-Fraktion nicht verschließen. - Danke! (Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Am 4. Juni 2013 hat der Jugendhilfeausschuss mir als Senatorin einen Auftrag erteilt, den ich eingangs der Debatte kurz noch einmal schildern möchte! Nach über 13 Jahren sind die Rahmenkonzeptionen und die Förder- und Entscheidungsstrukturen der stadtteilbezogenen Jugendarbeit dringend neu aufzustellen. Die zurzeit bereitstehenden Fördermittel reichen nicht aus, um die bestehenden Infrastrukturangebote unverändert zu lassen und Kostensteigerungen ausgleichen zu können. Mit einem Moratorium bis zum Jahr 2015 wird der Auftrag erteilt, ein erneuertes Konzept für die Jugendförderung aufzustellen, das sich erstens stärker an den veränderten Bedürfnissen junger Menschen - Zeitbudgets, Mobilität in der Stadt, Medien, Partizipation, Inklusion - orientiert, zweitens die Schnittstellen zu den Schulen im Sinne einer offensiven Kooperation in der Bildungslandschaft bereichert und drittens Konzepte der Qualitätsentwicklung erarbeitet und umsetzt. Der durch die Verlagerung der Betreuungsprojekte gewonnene Spielraum im Eckwert der Produktgruppe soll genutzt werden, um Kürzungen für die Jahre 2014 und 2015 nicht eintreten zu lassen.

In einer weiteren Sitzung am 24. Juni 2013 hat der Jugendhilfeausschuss dem Verfahrensvorschlag aus meinem Hause für die Erarbeitung eines solchen Rahmenkonzepts zugestimmt. Wir haben jetzt zwei Jahre eines gemeinsamen Weges mit vielen Jugendhilfeträgern, mit vielen Akteuren in der Stadt und mit den Beiräten hinter uns, und dieses Ergebnis - das klang hier in der Debatte auch an - wird im November dem Jugendhilfeausschuss verabredungsgemäß vorgelegt. Darauf gehe ich jetzt gleich einmal in der Debatte ein! Wir haben den Auftrag gehabt, eine Analyse vorzulegen und zu schauen, welche Inhalte geboten werden, welche neuen Angebote in der Stadt auch benötigt werden. Wir haben uns nun nicht zwei Jahre schlafend hingelegt, sondern wir haben ja auch neue Angebote konzipiert.

Wir werden demnächst den Jugendtreff Hahnenkamp in Bremen-Osterholz eröffnen, wir haben auch neue Angebote für Mädchen in Gröpelingen und in Hastedt geschaffen, und wir haben auch zusammen mit den Beiräten Mittel verlagert, wo es eben nicht so gut lief, wie Herr Möhle und Frau Neddermann auch gesagt haben, Frau Ahrens hat dies ja auch noch einmal zu bedenken gegeben, manche Angebote verändern sich auch. Jugendliche von heute haben ganz andere Bedürfnisse als die Jugendlichen vor 20 Jahren. Schaut man sich einmal die PC-Arbeit an, die wir vor 15 Jahren in den

Einrichtungen gehabt haben, braucht man heute dort nicht mehr mit Computern und der Ausstattung anzurücken, da werden andere Sachen, auch in der Qualifizierung von Fachkräften, gefordert, und das sind eben Notwendigkeiten, die wir auch darlegen müssen.

Ich möchte aber noch einmal sagen: In der bremischen Jugendarbeit ist nichts privatisiert worden. Wir hatten im Jahr 1999 eine Debatte, in der wir um die Zukunft der städtischen Jugendfreizeitheimen gerungen haben, die in absolut bürokratischen Strukturen gefangen waren. Sie durften noch nicht einmal Girokonten führen, das waren abstruse Debatten, die wir auch hier in der Bürgerschaft geführt haben. Damals hat der Jugendhilfeausschuss sich als Fachgremium dann dafür entschieden und beschlossen, dass die Freizeitheime in freie Trägerschaft von gemeinnützigen Verbänden und Vereinen überführt werden, und das sind jetzt nicht die Bösen, die hier immer an die Wand gemalt werden, sondern das sind wirklich sehr gute freie Träger in Bremen, mit denen wir hervorragend zusammenarbeiten, Herr Tuncel! (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(Zuruf des Abg. Tuncel [DIE LINKE])

DRK, St. Petri, Naturfreunde, BdP und so weiter und so fort, der BdP vom Hulsberg bis nach Arbergen, und ich glaube, sie haben ihren Job auch gut gemacht! Im Hinblick auf das Wehrschloss finde ich auch, dass man eine Meinung dazu haben kann, die habe ich auch, ich erspare es mir aber in dieser Debatte. Ich hätte es mir weiterhin als eine Jugendeinrichtung gewünscht, weil ich den Standort gut finde, (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen) aber der Drops ist an anderer Stelle gelutscht worden.

Die Budgets für die stadtteilbezogene Jugendarbeit wurden seit dem Jahr 2001 entgegen mancher öffentlicher Äußerung nicht gekürzt, sondern sogar mehrfach aufgestockt, zuletzt um 640000 Euro in den Jahren von 2008 bis 2011. Es stimmt, seit dem Jahr 2011 hat es allerdings keine bemerkbare Steigerung der Ansätze gegeben. Das führt, wie jetzt auch die von uns vorgenommene Analyse zeigt, zum Beispiel zu einer Reduzierung von Öffnungszeiten - das hat Herr Tuncel erwähnt -, Wegfall von Angeboten, das ist uns auch von den Trägern geschildert und auch durch die Beiräte und die Jugendlichen bestätigt worden, weil sowohl die Personalkostensteigerungen als auch der Anstieg der Energiekosten keinen Ausgleich gefunden haben.

Für uns besteht das Problem, dass wir überlassene Mitarbeiter aus dem öffentlichen Dienst haben, wo Tarifsteigerungen noch aufgrund der Altverträge vollzogen werden, und wir haben eben neue und jung eingestellte Kolleginnen und Kollegen, sodass es eben eine große Ungerechtigkeit gibt, und auch darüber muss sich der Jugendhilfeausschuss jetzt ein Urteil bilden und auch eine Lösung dafür finden. Ich finde, es muss auch vergleichbare Verträge geben, und an der Stelle darf es auch nicht zu einem Dumping kommen.

Im Verhältnis zwischen den Stadtteilen hat es seit Beginn des sogenannten APK erhebliche Verschiebungen gegeben, und diese wurden bis zum Jahr 2008 vorgenommen, um Verteilungsgerechtigkeit herzustellen. Grundsatz dabei war, die Förderbedarfe von Jugendlichen in Lebenslagen der Armut und sozialer Benachteiligung vergleichsweise stärker zu gewichten. So gibt es durchaus Stadtteile, die verglichen mit den Zahlen aus den Jahren 2004 und 2005 heute weniger Mittel für die Jugendarbeit ausgeben können, und solche, die seitdem eine deutliche Steigerung ihrer Stadtteilbudgets erfahren haben.

Bei der letzten Fortschreibung des Konzepts wurde jedoch keine Umverteilung mehr beschlossen. Stattdessen erhielten solche Stadtteile zusätzliche Mittel, die im Verteilungsschlüssel entsprechende Bedarfe aufwiesen. Diese Aufstockungen blieben aber hinter den Erwartungen zurück, weil nicht ausreichend Haushaltsmittel verfügbar waren, um den eigentlichen Anspruch zu befriedigen, auch das ist Konsens in der Analyse. Im laufenden Prozess der Konzeptfortschreibung für

ein Rahmenkonzept auf eine Jugendarbeit stellt sich neben allen fachlichen und jugendpolitischen Orientierungspunkten auch erneut die Frage, wie die Mittel zu verteilen sind, und auch dazu habe ich als Jugendsenatorin eine Meinung.

Ich möchte es gemeinsam mit dem Haushaltsgesetzgeber schaffen, dass wir Stadtteilen wie Tenever beispielsweise Gelder nicht abziehen müssen, sondern dass wir auf die Umverteilung verzichten. Das bedeutet aber eine große Kraftanstrengung in meinem Haushalt, um eine sechsstellige Summe von 100000 Euro gangbar zu machen. Dabei sind wir jetzt und werden dazu im Jugendhilfeausschuss berichten. Ich sage es einmal so: Für manche Leute klingt eine Summe von 100000 Euro lächerlich, aber für uns ist es für das Jahr 2015 eine riesengroße Herausforderung, diese 100000 Euro aus dem Haushalt herauszuschneiden. Wir haben im Rahmen des Haushalts auch gerade eine Umlage hinter uns, aber wir wollen es schaffen, dass wir im Jahr 2015 einen ersten Schritt gehen können, um eine stärkere Verteilungsgerechtigkeit herzustellen. Ich schaue jetzt einmal in Richtung des Abgeordneten Fecker, der mich immer eindringlich zum Thema Huchting anschaut: Es gibt Stadtteile, die darauf warten - Herr Bries sitzt nun nicht hier, er spricht uns auch deswegen an -, und diese Stadtteile liegen uns auch in den Ohren und sagen, sie hätten einen Anspruch, den die Bürgerschaft und der Jugendhilfeausschuss noch nicht eingelöst haben.

Wir müssen uns aber perspektivisch damit auseinandersetzen, dass wir im Augenblick, und das ist das Ergebnis unserer Analyse, einen unterfinanzierten Haushalt im Bereich der Jugendförderung haben. Das ist eben die Hausaufgabe, und ich finde auch nichts Unanständiges daran, Frau Ahrens, Herr Tuncel, dass wir dieses Thema mit in eine neue Haushaltsaufstellung nehmen. Es ist auch Aufgabe der Bremischen Bürgerschaft, dafür zu sorgen, dass wir dies dann nachholen. Wir werden dazu Zahlen vorlegen, und ich glaube, das wird eine gute Grundlage für die Bürgerschaft sein, Verbesserungen auch für Gröpelingen, Huchting, Walle und Hemelingen zu beschließen.

(Abg. Frau Schmidtke [SPD]: Bremen-Nord!)

(Abg. Röwekamp [CDU]: Jeder vierte Euro muss nach Bremen-Nord!)

Wir suchen jetzt nach diesen Verstärkungsmitteln - den Zwischenruf ignoriere ich, Herr Röwekamp! -, wir haben auch Investitionsmittelbedarfe, das ist richtigerweise angesprochen worden, und zwar wird für die von Immobilien Bremen gemieteten Gebäude der offenen Jugendarbeit die Unterhaltung von „Dach und Fach“ über die Bauunterhaltungsmiete sichergestellt. Die bei den Nutzern verbleibende Verpflichtung, Schönheitsreparaturen auszuführen, bedarf erheblicher Mittel, für die im Haushalt der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen bislang keine sachgerechten Anschläge gebildet werden konnten, auch das wollen wir dem Haushalts- und Finanzausschuss berichten. Gleiches gilt für die Ersatzbeschaffung von Ausstattung, Haustechnik und Programmmitteln. Um hier Grundlagen für die Abhilfe in der Haushaltsaufstellung zu schaffen, wird zurzeit eine Erhebung bei allen Jugendeinrichtungen ausgewertet, das ist die, die hier angesprochen wurde.

Gleichzeitig bemühen wir uns, ein sehr erfolgreiches Energiesparmodell aus dem Kita-Bereich auf die Jugendeinrichtungen zu übertragen, dazu hat es jetzt Gespräche gegeben. Wir werden dann auch im Jugendhilfeausschuss einen entsprechenden Beschlussvorschlag dazu machen. Ich glaube, das neue Rahmenkonzept für die offene Jugendarbeit, das wir vorlegen werden, wird eine gute Grundlage für alle weiteren Anstrengungen sein.

Herr Tuncel, ich bin da ganz eng an Ihrer Seite: Es ist mein allergrößtes Interesse, im Bereich Jugend eine ordentliche Finanzierung vorzulegen. Ich will aber auch daran erinnern, und das gehört eben auch in die Debatte, dass wir in diesem überaus festgelegten Haushalt auch noch fast 50 Schulsozialarbeiterstellen bereitgestellt haben - die genaue Zahl habe ich jetzt nicht im Kopf, weil ich nicht mehr in der Bildungsdeputation sitze -, und 50 Stellen in dem Bereich waren schon sehr viel. Es

steht auch hier mit in dem Konzept, aber man muss es auch mitdenken. Wir haben einfach mehr Ganztagschulen. Wir wollen uns offensiv als Bereich der außerschulischen Bildung zum Schulbereich positionieren und eng damit zusammenarbeiten, aber man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass der rot-grüne Senat sich dort nicht ausgeruht hat. Es sind für die Jugendarbeit Mittel bereitgestellt worden, sieben Millionen Euro ist der Betrag, der hier auch genannt wurde, plus die Mittel für die Schulsozialarbeit. Da kann man nicht sagen, dass wir geizig sind, sondern eher, dass wir uns hier mit einem Haushalt in einem Haushaltsnotlagenland wirklich angestrengt haben, in diesem Bereich noch etwas möglich zu machen. (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Besser werden können wir immer, und das machen wir dann in der gemeinsamen Auseinandersetzung. - Danke! (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 18/601 S, auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE Kenntnis